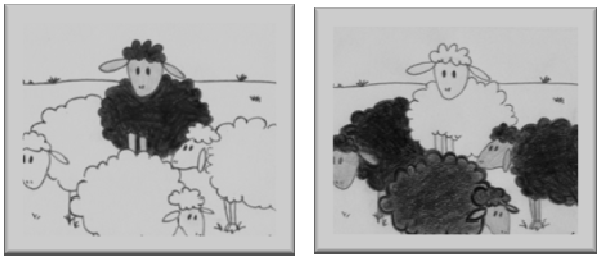
Es geht um Beschäftigte,

- die durch den Wunsch nach einer Betriebsratsgründung ins Fadenkreuz gelangt sind,
- die als Betriebsräte zunehmend unfairen Praktiken des Arbeitgebers ausgesetzt sind,
- die als Beschäftigte benachteiligt werden, wenn sie ordnungsgemäße Arbeitsbedingungen und die Rechte von Kolleginnen und Kollegen einfordern,
- die als Beschäftigte sanktioniert werden, wenn sie sich mit bedrohten Interessenvertretungen solidarisieren, u.a.,

und was geändert werden muss, um das zu beenden!

Herzliche Einladung!

ver.di Stuttgart; Betriebsseelsorgen der Region mittlerer Neckar; DGB Stadtverband Stuttgart; „work-watch“ (Brennpunkt Betrieb, unterstützt durch die Wallraff-Stiftung)



Arbeitgeber – früher und heute

Die Rechte von Beschäftigten und die Mitbestimmung zu beschneiden: das ist längst Praxis in vielen Betrieben. Dies ist immer offener formuliert auch Anliegen von Vertretern der Arbeitgeberlobby geworden.

Denn alles, was das hemmungslose Schalten und Walten einer Unternehmensleitung hindert, wollen jetzt viele Arbeitgeber aus dem Wege räumen – alles, was „Heuern und Feuern” hindert, sollte auch politisch beiseite geschafft werden.

Gezielt stehen zunehmenden auch aktive Gewerkschaftsmitglieder und Betriebsräte auf der Abschussliste.

Solange Arbeitnehmer noch gesetzlichen Schutz genießen, werden Strategien unterhalb oder neben den gesetzlichen Schutzechten gesucht, vielfach auch soziale Pranger im Betrieb geschaffen.

Wir haben diesmal auch Vertreter der die Arbeitgeberinteressen vertretenden Anwaltschaft, Vertreter/innen der Gerichte und auch Vertreter/innen der Staatsanwaltschaft eingeladen und sind gespannt, wer von dort sich mit den Berichten aus den Betrieben ohne Berührungsangst stellen wird.

V.i.S.d.P. verdi Stgt, Christina Frank,W.-Bleicher-Str. 20, 70174 Stuttgart

DGB Stadtverband Stuttgart

ver.di

BRENNPUNKT BETRIEB work-watch.de

- *Kann die Würde des Menschen heute im Betrieb sanktionslos verletzt werden?*

TATORT BETRIEB

Den täglichen Wahnsinn in Betrieben - „institutionellen Rechtsmissbrauch“ bis hin zum Rechtsbruch - stoppen!

Krisenberichterstattung von Betroffenen aus der Arbeitswelt: Do, 12.9.2013, 17.00 Uhr DGB-Haus Stuttgart, im Saal

Das Arbeitgeberlager macht mobil – es gibt deutliche Erwartungen als Anforderung an die Gestaltung künftiger Regeln:

Stichwort Mitbestimmungen schleifen

„Die Betriebsverfassung ist eben letztlich alt…Die Wirtschaft muss schauen, dass sie ihre Arbeitsbedingungen möglichst schnell geändert bekommt." (Volker Rieble, Arbeitgeber –Vordenker)

„Mitbestimmung modernisieren". Arbeitgeber sollen künftig ihre bisher mitbestimmungspflichtigen Entscheidungen allein treffen können, zumindest vorläufig. Der Betriebsrat kann im Nachhinein die Maßnahmen gerichtlich überprüfen lassen.
(BDA und BDI, Interview -Vorschläge zur Mitbestimmung)

Stichwort Arbeitsbedingungen schleifen:

Die Arbeitgeber haben z.B. im Handel alle Tarifverträge gekündigt, um sie in ihrem Sinne zu „modernisieren"**. Das ist nach Ansicht der Gewerkschaft eine eindeutige Kriegserklärung.**

STN v. 26.8.2013, Artikel „Entfremdet" - zitiert Unternehmerwünschen an die Regierung:
„Die Dynamik von Schröders Agenda 2010 werde durch das Nichtstun der letzten vier Jahre gerade verfrühstückt, hört man. (…) Die Koalition habe nichts gegen die „überbordende Gerechtigkeitsdebatte" getan, die die Opposition angezettelt habe. (…) Die Unternehmer verstehen die Welt nicht mehr: Noch nie gab es im wiedervereinigten Deutschland so wenig Arbeitslose, dennoch beschäftigen sich alle Parteien mit dem Thema „prekäre Arbeit"". *„Unternehmerfreundlich ist das nicht, was die Parteien anbieten"*
(Thomas Lindner, VDMA-Präsident.)

Stichwort Kündigungsschutz schleifen

Kündigungen sollen dadurch sehr rechtssicher und einfach laufen, indem man vom Bestandskündigungsschutz zum Abfindungskündigungsschutz umstellt – mit einer Abfindungstabelle", die 1-3 Monate als die Zeit bis zum nächsten Job oder bis zu Jobcenter abfedert. Ebenfalls soll es möglich werden, in Einzelarbeitsverträgen für betriebsbedingte Kündigungen Schutzrechte auszuschließen.

Stichwort Bossing - Gewerkschaften abdrängen

In USA, England finanzieren Arbeitgeber Kampagnen, um Betriebe gewerkschaftsfrei zu machen. Einschlägige Anwaltskanzleien /Unternehmensberatungen bieten das Geschäftsmodell neuerdings auch hierzulande an. Die Strategie sei weiter eine Form von „Ordnungspolitik" (V. Rieble im Interview), und der Begriff „Ordnungspolitik soll hier bedeuten, „dass man den Arbeitnehmer wieder als Marktteilnehmer entdeckt." Genauer: „Arbeitsrecht als Schutzrecht setzt notgedrungen immer aufs Kollektiv."

„Individuell" definiert den ohne kollektive Beeinflussung verhandelten Einzelarbeitsvertrag. *(zitiert nach Work-Watch.de, Günter-Wallraff-Stiftung und Arbeit und Leben NRW)*

Stichwort: Schützt das Gesetz ausreichend?

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hält die Verfolgung von Bossing und von Rechtsbrüchen durch Arbeitgeber besonders gegen das Betriebsverfassungsgesetz für ausreichend: Auf konkrete, im Kern eigentlich kriminelle Negativbeispiele von Bedrohung, Stalking, Bespitzelung, Nötigung bis hin zur Körperverletzung wird von dort lediglich allgemein ausgeführt: *„Das Leitbild des Betriebsverfassungsgesetzes verlangt eine konstruktive innere Haltung von Arbeitgeber und Betriebsrat, die letztlich nicht durch gesetzliche Regelungen erzwungen werden kann. Die gegenwärtige Rechtslage gibt dem Arbeitnehmer ausreichende Möglichkeiten, um sich gegen Mobbinghandlungen des Arbeitgebers zur Wehr zu setzen."* *(Work-Watch.de, Günter-Wallraff-Stiftung und Arbeit und Leben NRW)*

Wir sagen dagegen: so schlimm war es noch nie!

Stichwort: Schützt der Staatsanwalt?

Leider bleiben auch die Staatsanwaltschaften bislang meist untätig. Der Psychokrieg im Betrieb darf aber nicht länger als zulässiges Mittel der betrieblichen Auseinandersetzung zwischen angeblich freien Kräften akzeptiert, sondern muss sozial geächtet und mit empfindlichen Strafen geahndet werden.

„Millionen sind stärker als Millionäre"
(Willi Bleicher)